

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2013/202446]

25. MÄRZ 2013 — Dekret zur Anerkennung und Bezuschussung einer Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Im Sinne dieses Dekretes versteht man unter:

1. **Journalist**: jede natürliche Person, die sich als Selbständiger oder als Lohnempfänger regelmäßig und unmittelbar an der Sammlung, redaktionellen Bearbeitung, Bereitstellung oder öffentlichen Verbreitung von Informationen durch ein Medium beteiligt;

2. **Medium**: jede natürliche oder juristische Person, deren Tätigkeit darin besteht, die journalistische Information, auf welchem Träger auch immer, bereitzustellen und/oder zu verbreiten.

Art. 2 - Die Regierung kann eine einzige Vereinigung als Einrichtung zur Selbst-regulierung des Berufsethos der Journalisten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ESBJ), die für das Berufsethos der Journalisten auf dem Gebiet der Information zuständig ist, anerkennen, insofern:

1. sie als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht konstituiert ist;

2. sie ihren Sitz in Belgien hat;

3. sie sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

a) öffentlichen und privaten Medien,

b) Medienverbänden, die Mitglieder vertreten, die der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegen oder im Bereich der Information und der Medien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig sind,

c) mindestens einer deutschsprachigen Berufsorganisation, die die Journalisten vertritt;

4. sie die demokratischen Grundsätze einhält, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, in der Verfassung, im Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen oder im Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes verankert sind;

5. sie einen Verwaltungsrat hat, dessen Mitglieder nicht gleichzeitig Mitglieder einer Organisation sind, die die oben erwähnten demokratischen Grundsätze nicht einhält;

6. ihr Vereinigungszweck in Zusammenhang mit dem journalistischen Berufsethos steht;

7. sie mindestens eine der folgenden Aufgaben durch ein Fachorgan, nachstehend "Rat für Berufsethos der Journalisten" (RBJ) genannt, satzungsgemäß ausübt:

a) die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Dekretes geltenden Berufsethosregeln, die auf die Verarbeitung der Information in den Medien Anwendung finden, kodifizieren, präzisieren und vervollständigen, wobei den Besonderheiten der unterschiedlichen Medientypen Rechnung getragen wird;

b) die Öffentlichkeit und den Medienbereich durch die Bereitstellung von Dokumenten sowie mittels einer Website über ihr Bestehen, ihre Funktionsweise und ihre Aktionsfelder informieren;

c) die Beschwerden bearbeiten und zwischen den betroffenen Parteien vermitteln, um eine zufriedenstellende Lösung zu erreichen, wobei den journalistischen Verantwortungsregeln der unterschiedlichen Medientypen Rechnung getragen wird;

d) Gutachten über jede Frage zum journalistischen Berufsethos abgeben;

e) der Regierung und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen jährlichen Tätigkeitsbericht vorlegen und auf der Website zur Verfügung stellen, der insbesondere Informationen über die Zusammensetzung des RBJ, die Anzahl der erhaltenen und bearbeiteten Beschwerden, die durchschnittliche Frist für die Beschwerdebearbeitung und den Inhalt der abgegebenen Gutachten oder den Grund der Nichtbearbeitung einer Beschwerde enthält und die Problemstellungen auflistet, mit der sich der RBJ, aufgrund von Gutachtenanträgen, aufgrund von bearbeiteten Beschwerden oder von Amts wegen befasst hat;

8. sie in der Satzung vorsieht, dass die Mitgliedschaft im RBJ nicht vereinbar ist mit:

a) einem durch Wahl vergebenen Mandat oder einer Kandidatur für ein durch Wahl vergebenes Mandat im Europäischen Parlament, in der Abgeordnetenkammer oder im Senat, in einem Regional- oder Gemeinschafts-parlament, einem Provinzialrat oder einem Gemeinderat;

b) einem Amt in irgendeiner der Exekutiven, die an diese Körperschaften gebunden sind;

c) einem Amt als Bürgermeister oder Schöffe;

d) einem Amt als Provinzgouverneur oder als Gouverneur des Bezirks Brüssel-

Hauptstadt;

e) jedem Amt, das die ordnungsgemäße Ausübung der Aufgabe, die Unabhängigkeit, die Unparteilichkeit oder die Würde des Amtes beeinträchtigen kann;

f) der Zugehörigkeit zu einer Organisation, die die demokratischen Grundsätze nicht einhält, wie diese insbesondere in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, im Gesetz vom 30. Juli 1981 zur Ahndung bestimmter Taten, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegen und im Gesetz vom 23. März 1995 zur Ahndung der Leugnung, Verharmlosung, Rechtfertigung oder Billigung des während des zweiten Weltkrieges vom deutschen nationalsozialistischen Regime begangenen Völkermordes verankert sind.

Art. 3 - Die Anerkennung als ESBJ gilt für eine erneuerbare Dauer von sechs Jahren. Die Regierung kann die Anerkennung entziehen, wenn eine oder mehrere der in diesem Dekret festgelegten Bedingungen nicht mehr erfüllt sind. Der Entzug kann erst sechs Monate nach Aufforderung der anerkannten Vereinigung durch die Regierung, sich zu den Vorwürfen zu äußern und die beanstandeten Mängel zu beheben, erfolgen.

Art. 4 - Der Antrag auf Anerkennung als ESBJ enthält die Unternehmensnummer der antragstellenden Vereinigung sowie folgende Unterlagen:

1. eine Liste der Tätigkeiten, die im Laufe des Jahres nach der Einreichung des Antrags auf Anerkennung vorgesehen sind;
2. den Jahresabschluss des Jahres vor der Einreichung des Antrags, wenn die Vereinigung seit mehr als einem Jahr besteht;
3. den Haushaltsplan für das Antragsjahr;
4. die Satzung der Vereinigung;
5. eine eidesstattliche Erklärung, dass keines der Mitglieder des Verwaltungsrates Mitglied einer Organisation ist, die die in Artikel 2 Nr. 4 genannten demokratischen Grundsätze nicht einhält.

Art. 5 - Die als ESBJ anerkannte Vereinigung teilt der Regierung und dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Bestellung der Mitglieder des RBJ unverzüglich mit.

Art. 6 - Damit die Funktionsweise, die paritätische Finanzierung und die Unabhängigkeit der ESBJ gewährleistet werden, kann die Regierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel der repräsentativsten Berufsorganisation der Journalisten einen jährlichen Zuschuss von 5.000 Euro gewähren, der dazu dient, ihren Anteil an der Finanzierung der ESBJ zu bezahlen. Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel kann die Regierung den in Satz 1 genannten Betrag mit einem Koeffizienten multiplizieren.

Art. 7 - § 1 - Bei der Ausübung seiner durch das Dekret vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen festgelegten Befugnisse kann der Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, nachstehend "Medienrat" genannt, den RBJ anrufen.

§ 2 - Der Medienrat übermittelt dem RBJ alle Beschwerden zur Information, die sich nicht auf seine gesetzlichen Befugnisse beziehen.

Der RBJ übermittelt dem Medienrat alle Beschwerden zum audiovisuellen Sektor, die sich nicht auf seine gesetzlichen Befugnisse beziehen.

Wenn eine dem Medienrat unterbreitete Beschwerde sowohl einer Rechtsvorschrift der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Rundfunk als auch einer Berufsethosregel auf dem Gebiet der Information, insbesondere in Bezug auf Fragen hinsichtlich der Objektivität, unterliegt oder die Auslegung einer in der Geschäftsordnung der Anbieter audiovisueller Dienste enthaltenen Bestimmung über die Information erforderlich macht:

1. bittet der Medienrat unverzüglich den RBJ um ein Gutachten. Der RBJ bearbeitet diese Beschwerde gemäß dem bei ihm anwendbaren Verfahren;
2. übermittelt der RBJ dem Medienrat ein Gutachten, das er mit Empfehlungen versehen kann;
3. übermittelt der Medienrat dem Beschwerdeführer das Gutachten des RBJ;
4. falls der RBJ sich für unzuständig erklärt, weist er die Beschwerde an den Medienrat zurück, der über die Zulässigkeit der Beschwerde entscheidet;
5. falls der RBJ feststellt, dass der Anbieter audiovisueller Mediendienste in die journalistische Unabhängigkeit eingreift, bearbeitet der Medienrat die Beschwerde gemäß seiner gesetzlichen Aufgaben unter Beachtung des öffentlichen Interesses und stützt sich dabei insbesondere auf das Gutachten des RBJ.

Beabsichtigt der Medienrat, dem Gutachten des RBJ nicht zu folgen, hat er ihn zwecks Konzertierung vorab anzuhören. Wenn der Medienrat dem Gutachten des RBJ nicht folgt, muss er seine Entscheidung mit Gründen versehen.

§ 3 - Abweichend von § 2 und im Rahmen seiner gesetzlichen Befugnisse kann der Medienrat eine Beschwerde, die sowohl einer Rechtsvorschrift der Deutschsprachigen Gemeinschaft über Rundfunk als auch einer berufsethischen Regel auf dem Gebiet der Information unterliegt, unmittelbar bearbeiten, insofern sie sich auf die Verantwortung des Anbieters eines audiovisuellen Mediendienstes bezieht und:

- der Medienrat binnen zwölf Monaten, nachdem der RBJ ein erstes Gutachten zu einer Beschwerde, die gemäß dem in § 2 erwähnten Verfahren bearbeitet wurde, abgegeben hat, eine neue, ähnliche Beschwerde erhält, die nach Meinung des RBJ denselben Anbieter betrifft und dieselben Beschwerdegründe hat;

- oder drei Vorsitzende von im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertretenen demokratischen Fraktionen eine Beschwerde an den Medienrat richten, die in seine dekreterale Zuständigkeit fällt.

In diesen Fällen holt der Medienrat das Gutachten des RBJ ein.

Beabsichtigt der Medienrat, dem Gutachten des RBJ nicht zu folgen, hat er ihn zwecks Konzertierung vorab anzuhören. Wenn der Medienrat dem Gutachten des RBJ nicht folgt, muss er seine Entscheidung mit Gründen versehen.

§ 4 - Wird der RBJ durch den Medienrat angerufen, so übermittelt er ihm eine Empfangsbestätigung. Er gibt sein Gutachten innerhalb von neunzig Tagen nach Erhalt des Antrags ab. Diese Frist kann einmal um weitere neunzig Tage verlängert werden.

§ 5 - Der Medienrat kann gemeinsame Überlegungen mit dem RBJ über allgemeine Gesellschaftsfragen in Bezug auf die Berufsethik, wie z.B. die Entwicklung der Medienpraxis, initiieren oder daran teilnehmen.

§ 6 - Der RBJ und der Medienrat erstatten gemeinsam einen jährlichen Bericht über die im vorhergehenden Jahr erhaltenen Beschwerden.

§ 7 - Der RBJ und der Medienrat tagen zweimal im Jahr zusammen, um die Wirksamkeit der eingeführten Verfahren zu beurteilen.

Art. 8 - In das Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein neuer Artikel 7.2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 7.2 - Das Zentrum hat sich als Mitglied an der in Artikel 2 des Dekrets vom 25. März 2013 zur Anerkennung und Bezuschussung einer Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten genannte Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu beteiligen.»

Art. 9 - Artikel 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 über die audiovisuellen Mediendienste und die Kinovorstellungen wird wie folgt geändert:

1. Eine Nummer 11.1. mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:
«11.1. ESBJ: Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft»;
2. eine Nummer 33.0.1. mit folgendem Wortlaut wird eingefügt:
«33.0.1. RBJ: Rat für Berufsethos der Journalisten».

Art. 10 - Artikel 25 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird mit folgendem Wortlaut wieder eingeführt:

«Artikel 25 - Im Falle der Ausstrahlung von Nachrichtensendungen hat der private Fernsehveranstalter Mitglied der ESBJ zu sein.»

Art. 11 - Artikel 30.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird um eine Nummer 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«3. Mitglied der ESBJ sein.»

Art. 12 - Artikel 32 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird um einen zweiten Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«Im Falle der Ausstrahlung von Nachrichtensendungen hat der Lokalsender Mitglied der ESBJ zu sein.»

Art. 13 - Artikel 114 § 1 desselben Dekrets wird wie folgt geändert:

1. Nummer 3, abgeändert durch das Dekret vom 3. Dezember 2009, wird aufgehoben;

2. In Nummer 5, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird der Wortlaut "insofern diese Themen nicht in die Zuständigkeit der Beschlusskammer fallen" durch den Wortlaut "insofern diese Themen nicht in die Zuständigkeit der Beschlusskammer oder des RBJ fallen" ersetzt.

Art. 14 - Artikel 2 § 2 des Dekrets vom 7. Februar 1994 über die Hilfe für die Tagespresse wird um eine neue Nummer 6 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«über ihren Verband Mitglied der in Artikel 2 des Dekrets vom 25. März 2013 zur Anerkennung und Bezuschussung einer Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten genannte Einrichtung zur Selbstregulierung des Berufsethos der Journalisten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein.»

Art. 15 - Dieses Dekret tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Eupen, den 25. März 2013

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ
Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
O. PAASCH
Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
Frau I. WEYKMANS
Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

—
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2012-2013*

Nummerierte Dokumente: 137 (2012-2013), Nr. 1 Dekretentwurf.

137 (2012-2013), Nr. 2 Abänderungsvorschlag.

137 (2012-2013), Nr. 3 Bericht.

Ausführlicher Bericht: 25. März 2013 Nr. 50 Diskussion und Abstimmung.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2013/202446]

**25 MARS 2013. — Décret portant reconnaissance et subventionnement
d'une instance d'autorégulation de la déontologie journalistique (1)**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Pour l'application du présent décret, on entend par :

1° journaliste : toute personne physique qui, dans le cadre d'un travail indépendant ou salarié, contribue régulièrement et directement à la collecte, la rédaction, la production ou la diffusion d'informations, par le biais d'un média, au profit du public ;

2° média : personne physique ou morale dont l'activité est la production et/ou la diffusion de l'information journalistique, quel que soit le support utilisé.

Art. 2. Le Gouvernement peut reconnaître en tant qu'instance d'autorégulation de la déontologie journalistique en Communauté germanophone (IADJ), compétente pour la déontologie journalistique en matière d'information, une seule association répondant aux conditions suivantes :

1° elle est constituée en association sans but lucratif;

2° elle a son siège en Belgique;

3° elle se compose des membres suivants :

a) des médias publics et privés;

b) des fédérations de médias, représentant des membres ressortissant à la compétence de la Communauté germanophone ou actifs en Communauté germanophone dans le secteur de l'information et des médias;

c) au moins une organisation professionnelle germanophone représentative des journalistes;

4° elle respecte les principes de la démocratie tels qu'énoncés par la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, par la Constitution, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie ou par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale;

5° elle a un conseil d'administration dont aucun administrateur n'est membre d'une organisation qui ne respecte pas les principes de la démocratie détaillés ci-avant;

6° elle s'est fixé un but social en relation avec la déontologie journalistique;

7° elle exerce statutairement au moins une des missions suivantes par le biais d'un organe spécialisé, ci-après dénommé le Conseil de déontologie journalistique (CDJ) :

a) codifier, affiner et compléter les règles déontologiques applicables au traitement de l'information dans les médias telles qu'elles existent à l'entrée en vigueur du présent décret, en tenant compte des spécificités propres aux différents types de médias;

b) informer le public et le secteur des médias en assurant la publicité de son existence, de son fonctionnement et de ses actions par la mise à disposition de documents et par le biais d'un site Internet;

c) traiter les plaintes et intervenir en tant que médiateur entre les parties concernées par la plainte afin d'aboutir à une solution satisfaisante dans le respect des règles de responsabilité journalistique spécifiques à chaque type de médias;

d) donner des avis sur toute question relative à la déontologie journalistique;

e) transmettre au Gouvernement et au Parlement de la Communauté germanophone et rendre accessible sur son site Internet un rapport annuel comportant notamment des informations sur la composition du CDJ, le nombre de plaintes reçues, le nombre de plaintes traitées, le délai moyen de traitement des plaintes et le contenu des avis rendus ou la raison du non traitement d'une plainte; le rapport reprendra également un relevé des thématiques traitées par le CDJ, que celles-ci résultent de demandes d'avis, de plaintes traitées ou d'une saisine d'office.

8° prévoit dans ses statuts que la qualité de membre du CDJ est incompatible avec :

a) un mandat électoral ou une candidature à un mandat électoral au sein d'un conseil communal, d'un conseil provincial, d'un parlement régional ou communautaire, de la Chambre des représentants ou du Sénat, du Parlement européen;

b) une fonction dans l'un des exécutifs attachés à ces assemblées représentatives;

c) une fonction de bourgmestre ou d'échevin;

d) la fonction de Gouverneur de province ou de Gouverneur de l'arrondissement de Bruxelles-Capitale;

e) toute fonction qui puisse compromettre le bon exercice de sa mission ou porter atteinte à son indépendance, à son impartialité ou à la dignité de ses fonctions;

f) l'appartenance à un organisme qui ne respecte pas les principes de la démocratie tels qu'énoncés par la Convention européenne de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, par la loi du 30 juillet 1981 tendant à réprimer certains actes inspirés par le racisme et la xénophobie ou par la loi du 23 mars 1995 tendant à réprimer la négation, la minimisation, la justification ou l'approbation du génocide commis par le régime national-socialiste allemand pendant la seconde guerre mondiale.

Art. 3. La reconnaissance comme IADJ vaut pour une durée de six ans, renouvelable. Elle peut être retirée par le Gouvernement si une ou plusieurs conditions fixées par le présent décret ne sont plus respectées. Le retrait ne peut intervenir qu'à l'échéance d'un délai de six mois à dater de la mise en demeure par laquelle le Gouvernement invite l'association reconnue à s'expliquer et à s'organiser pour répondre au défaut constaté.

Art. 4. La demande de reconnaissance comme IADJ doit indiquer le numéro d'entreprise de l'association demanderesse et être accompagnée des documents suivants :

1° une liste reprenant les activités prévues pour l'année suivant l'introduction de la demande de reconnaissance;

2° les comptes de l'année précédant la demande, si l'association existe depuis plus d'un an;

3° le budget de l'année de la demande;

4° les statuts de l'association;

5° une déclaration sur l'honneur qu'aucun des administrateurs n'est membre d'une organisation qui ne respecte pas les principes de la démocratie mentionnés à l'article 2, 4°.

Art. 5. L'association reconnue en qualité d'IADJ informe le Gouvernement et le Parlement de la désignation des membres du CDJ dès qu'elle intervient.

Art. 6. Afin d'assurer le fonctionnement et le financement paritaire de l'IADJ ainsi que son indépendance, le Gouvernement peut attribuer à l'association professionnelle de journalistes la plus représentative, dans la limite des crédits disponibles, une subvention annuelle de 5.000 euros destinée à assurer sa part de financement dans le fonctionnement de l'IADJ. Le Gouvernement peut multiplier le montant mentionné dans la première phrase par un coefficient pour l'adapter aux crédits budgétaires.

Art. 7. § 1^{er}. Dans l'exercice de ses compétences fixées par le décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, le Conseil des médias de la Communauté germanophone, ci-après "le Conseil des médias", peut saisir le CDJ.

§ 2. Le Conseil des médias renvoie au CDJ toutes les plaintes relatives à l'information qui sont sans rapport avec ses attributions légales.

Le CDJ renvoie au Conseil des médias les plaintes relatives à l'audiovisuel qui sont sans rapport avec ses attributions légales.

Dans le cas où une plainte déposée au Conseil des médias concerne à la fois une disposition législative de la Communauté germanophone en matière de radiodiffusion et une disposition déontologique en matière d'information, notamment pour les questions relatives à l'objectivité, ou nécessite une interprétation d'une disposition relative à l'information et figurant dans le règlement d'ordre intérieur adopté par les fournisseurs de services audiovisuels :

1° le Conseil des médias sollicite immédiatement l'avis du CDJ, qui examine la plainte selon la procédure prévue en son sein;

2° le CDJ communique son avis, accompagné de ses éventuelles recommandations, au Conseil des médias;

3° le Conseil des médias communique l'avis du CDJ au plaignant;

4° si le CDJ se déclare incompétent, il renvoie la plainte au Conseil des médias, qui statue sur la recevabilité de la plainte;

5° si le CDJ constate une ingérence du fournisseur de services de médias audiovisuels dans l'indépendance journalistique, le Conseil des médias, sur la base de ses missions légales et dans le respect de l'intérêt public, instruit la plainte en se fondant notamment sur l'avis remis par le CDJ.

Si le Conseil des médias entend ne pas se conformer à l'avis du CDJ, il se consulte préalablement avec lui dans le cadre d'une procédure d'audition. S'il s'écarter de l'avis du CDJ, il motive sa décision.

§ 3. Par dérogation au § 2 et dans le cadre de ses compétences légales, le Conseil des médias peut traiter directement une plainte qui concerne à la fois une disposition législative de la Communauté germanophone en matière de radiodiffusion et une disposition déontologique en matière d'information, lorsqu'elle porte sur la responsabilité du fournisseur de services de médias audiovisuels et :

- lorsque, à la suite d'un premier avis remis par le CDJ sur une plainte traitée selon la procédure décrite au § 2, le Conseil des médias reçoit, dans les 12 mois, une nouvelle plainte similaire, considérée par le CDJ comme concernant le même fournisseur et comportant les mêmes griefs;

- ou lorsque trois chefs de groupes politiques démocratiques représentés au Parlement de la Communauté germanophone adressent au Conseil des médias une plainte qui entre dans le champ de ses attributions décrétales.

Dans ces cas de figure, le Conseil des médias sollicite l'avis du CDJ.

Si le Conseil des médias entend ne pas se conformer à l'avis du CDJ, il se consulte préalablement avec lui dans le cadre d'une procédure d'audition. S'il s'écarter de l'avis du CDJ, il motive sa décision.

§ 4. Lorsque le CDJ est saisi par le Conseil des médias, il lui adresse un accusé de réception. Il émet son avis dans les nonante jours de la réception de la demande. Ce délai peut être prorogé d'un nouveau délai de nonante jours.

§ 5. Le Conseil des médias peut initier et participer à des réflexions conjointes avec le CDJ sur des questions de société générales ayant trait à la déontologie, par exemple, l'évolution des pratiques médiatiques.

§ 6. Le CDJ et le Conseil des médias établissent un rapport annuel commun sur les plaintes reçues au cours de l'année précédente.

§ 7. Le CDJ et le Conseil des médias siègent conjointement deux fois par an pour évaluer le bon fonctionnement des mécanismes mis en place.

Art. 8. Un nouvel article 7.2, rédigé comme suit, est inséré dans le décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone :

« Article 7.2. Le Centre doit être membre de l'instance d'autorégulation de la déontologie journalistique en Communauté germanophone mentionnée à l'article 2 du décret du 25 mars 2013 portant reconnaissance et subventionnement d'une instance d'autorégulation de la déontologie journalistique. »

Art. 9. A l'article 2 du décret du 27 juin 2005 sur les services de médias audiovisuels et les représentations cinématographiques, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un 11.1, rédigé comme suit :

« 11.1. IADJ : Instance d'autorégulation de la déontologie journalistique en Communauté germanophone; »;

2° il est inséré un 33.0.1, rédigé comme suit :

« 33.0.1 CDJ : Conseil de déontologie journalistique; ».

Art. 10. L'article 25 du même décret, abrogé par le décret du 3 décembre 2009, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Article 25. En cas de diffusion de programmes d'actualités, l'organisme privé de radiodiffusion télévisuelle doit être membre de l'IADJ. »

Art. 11. L'article 30.1 du même décret, inséré par le décret du 3 décembre 2009, est complété par un 3°, rédigé comme suit :

« 3° être membre de l'IADJ. »

Art. 12. L'article 32 du même décret, remplacé par le décret du 3 décembre 2009, est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« En cas de diffusion de programmes d'actualités, la radio locale doit être membre de l'IADJ. »

Art. 13. A l'article 114, § 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3°, modifié par le décret du 3 décembre 2009, est abrogé;

2° au 5°, modifié par le décret du 13 février 2012, les mots " dans la mesure où ces thèmes ne sont pas du ressort de la chambre décisionnelle " sont remplacés par les mots " dans la mesure où ces thèmes ne sont pas du ressort de la chambre décisionnelle ou du CDJ ".

Art. 14. L'article 2, § 2, du décret du 7 février 1994 relatif à l'aide accordée à la presse quotidienne est complété par un 6°, rédigé comme suit :

« via leur fédération, être membre de l'instance d'autorégulation de la déontologie journalistique en Communauté germanophone mentionnée à l'article 2 du décret du 25 mars 2013 portant reconnaissance et subventionnement d'une instance d'autorégulation de la déontologie journalistique. »

Art. 15. Le présent décret produit ses effets le 1^{er} janvier 2013.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 25 mars 2013.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,
Mme I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

Note

Session 2012-2013.

Documents parlementaires : 137 (2012-2013), n° 1. *Projet de décret.*

137 (2012-2013), n° 2. *Proposition d'amendement.*

137 (2012-2013), n° 3. *Rapport.*

Compte rendu intégral : 25 mars 2013, n° 50. *Discussion et vote.*

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2013/202446]

25 MAART 2013. — Decreet tot erkenning en subsidiëring van een instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

1° *journalist* : iedere natuurlijke persoon die, als zelfstandige of in een loontrekkend statuut, geregeld en rechtstreeks bijdraagt tot het verzamelen, opstellen, produceren of doorgeven van informatie, via een medium, met het oog op publieke nieuwsvoorziening;

2° *medium* : iedere natuurlijke persoon of rechtspersoon van wie de activiteit bestaat in het produceren en/of doorgeven van journalistieke informatie, ongeacht de gebruikte drager.

Art. 2. De Regering kan één vereniging erkennen als instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie in de Duitstalige Gemeenschap (IZJD) die bevoegd is voor de beroepsethiek van de journalisten op het gebied van de informatie, voor zover ze :

1° opgericht is als een vereniging zonder winstoogmerk;

2° haar zetel in België heeft;

3° samengesteld is uit de volgende leden :

a) publieke en privé-media;

b) mediaverenigingen die leden vertegenwoordigen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren of die werkzaam zijn op het gebied van informatie en media in de Duitstalige Gemeenschap;

c) minstens één Duitstalige beroepsorganisatie die de journalisten vertegenwoordigt;

4° de democratische beginselen naleeft zoals die vastgelegd zijn in het Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden, in de Grondwet, in de wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden of door de wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de tweede wereldoorlog of door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd;

5° een raad van bestuur heeft waarvan geen enkele bestuurder lid is van een organisatie die de bovengenoemde democratische beginselen niet naleeft;

6° zich een maatschappelijk doel in verband met journalistieke deontologie heeft gesteld;

7° overeenkomstig haar statuten ten minste één van de volgende taken uitoefent via een vakorgaan, hierna Raad voor journalistieke deontologie (RJD) te noemen :

a) de deontologische regels die bij de inwerkingtreding van dit decreet gelden en die toepasselijk zijn op de informatieverwerking in de media, codificeren, verfijnen en aanvullen, rekening houdend met de kenmerken van de verschillende mediatypen;

b) het publiek en de mediasector over haar bestaan, haar activiteiten en haar werkingssfeer inlichten door documenten en een website ter beschikking te stellen;

c) de klachten behandelen en als bemiddelaar optreden tussen de betrokken partijen om tot een bevredigende oplossing te komen met inachtneming van de regels inzake journalistieke verantwoordelijkheid voor de verschillende mediatypen;

d) adviezen verstrekken over alle kwesties in verband met journalistieke deontologie;

e) een jaarverslag aan de Regering en het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap bezorgen en op haar website ter beschikking stellen, een jaarverslag dat inzonderheid informatie bevat over de samenstelling van de RJD, het aantal ontvangen klachten, het aantal behandelde klachten, de gemiddelde termijn voor de behandeling van de klachten en de inhoud van de uitgebrachte adviezen of de reden waarom een klacht niet werd behandeld en dat een opsomming bevat van alle thema's die de RJD op grond van aanvragen om advies, naar aanleiding van behandelde klachten of van ambtswege heeft behandeld;

8° in haar statuten bepaalt dat de hoedanigheid van lid van de RJD onverenigbaar is met :

a) een verkiezingsmandaat of een kandidaatstelling voor een verkiezingsmandaat in het Europees Parlement, in de Kamer van volksvertegenwoordigers of in de Senaat, in een gewest- of gemeenschapsparlement, een provincieraad of een gemeenteraad;

b) een ambt in één van de executieven die verbonden zijn aan die vertegenwoordigende organen;

c) een ambt van burgemeester of schepen;

d) een ambt van provinciegouverneur of gouverneur van het arrondissement Brussel-Hoofdstad;

e) elk ambt dat de correcte uitoefening van zijn taak in het gedrang kan brengen of de onafhankelijkheid, onpartijdigheid of waardigheid van het ambt kan aantasten;

f) het feit van lid te zijn van een organisatie die de democratische beginselen niet naleeft zoals die inzonderheid vastgelegd zijn in het Europees Verdrag tot bescherming van de rechten van de mens en de fundamentele vrijheden, in de wet van 30 juli 1981 tot bestraffing van bepaalde door racisme of xenofobie ingegeven daden en in de wet van 23 maart 1995 tot bestraffing van het ontkennen, minimaliseren, rechtvaardigen of goedkeuren van de genocide die tijdens de tweede wereldoorlog of door het Duitse nationaal-socialistische regime is gepleegd.

Art. 3. De erkenning als IZJD wordt verleend voor een verlengbare periode van zes jaar. De Regering kan de erkenning intrekken als één of meer voorwaarden van dit decreet niet meer vervuld zijn. De intrekking is eerst mogelijk zes maanden nadat de Regering de erkende vereniging verzocht heeft haar standpunt over de ten laste gelegde feiten te kennen te geven en de bekriftiseerde gebreken weg te werken.

Art. 4. De aanvraag om erkenning als IZJD bevat het ondernemingsnummer van de aanvragende vereniging en wordt ingediend samen met :

1° een lijst van de activiteiten die worden gepland gedurende het jaar volgend op de indiening van de aanvraag om erkenning;

2° de jaarrekening van het jaar voorafgaand aan de aanvraag, indien de vereniging meer dan één jaar bestaat;

3° de begroting van het jaar waarin de aanvraag wordt ingediend;

4° de statuten van de vereniging;

5° een verklaring op erewoord dat geen van de bestuurders van de raad van bestuur lid is van een organisatie die de democratische beginselen vermeld in artikel 2, 4°, niet naleeft.

Art. 5. De vereniging die als IZJD erkend is, deelt de aanstelling van de leden van de RJD onmiddellijk mee aan de Regering en aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 6. Om de werking, de paritaire financiering en de onafhankelijkheid van de IZJD te kunnen waarborgen, kan de Regering de representatiefste beroepsvereniging van journalisten, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een jaarlijkse subsidie van 5.000 euro toekennen, bestemd om haar aandeel in de financiering van de IZJD te betalen. Met het oog op de aanpassing aan de beschikbare begrotingskredieten kan de Regering de bedragen bedoeld in de eerste zin met een coëfficiënt vermenigvuldigen.

Art. 7. § 1. In de uitoefening van zijn bevoegdheden bepaald in het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen kan de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap, hierna Mediaraad te noemen, een zaak aan de RJD voorleggen.

§ 2. De Mediaraad verwijst alle klachten betreffende informatie die geen verband houden met zijn wettelijke bevoegdheden naar de RJD.

De RJD verwijst alle klachten betreffende de audiovisuele sector die geen verband houden met zijn wettelijke bevoegdheden naar de Mediaraad.

Indien een klacht die bij de Mediaraad is ingediend, tegelijk betrekking heeft op een rechtsvoorschrift van de Duitstalige Gemeenschap inzake omroep en op een deontologische bepaling inzake informatie, inzonderheid voor vraagstukken in verband met objectiviteit, of indien zo'n klacht de interpretatie noodzakelijk maakt van een bepaling inzake informatie uit het huishoudelijk reglement van de aanbieders van audiovisuele diensten :

1° vraagt de Mediaraad onmiddellijk het advies van de RJD. De RJD onderzoekt die klacht volgens de procedure die hij zelf heeft vastgesteld;

2° deelt de RJD de Mediaraad zijn advies mee, samen met zijn eventuele aanbevelingen;

3° deelt de Mediaraad het advies van de RJD mee aan de indiener van de klacht;

4° als de RJD zich onbevoegd verklaart, verwijst hij de klacht naar de Mediaraad, die beslist over de ontvankelijkheid van de klacht;

5° als de RJD vaststelt dat de aanbieder van audiovisuele mediadiensten zich in de journalistieke onafhankelijkheid innengt, onderzoekt de Mediaraad de klacht op grond van zijn wettelijke taken en met behartiging van het openbaar belang, inzonderheid op basis van het advies van de RJD.

Indien de Mediaraad van plan is het advies van de RJD niet te volgen, moet hij de RJD vooraf horen met het oog op overleg. Wanneer de Mediaraad het advies van de RJD niet volgt, moet hij zijn beslissing met redenen omkleden.

§ 3. In afwijking van § 2 en in het kader van zijn wettelijke bevoegdheden kan de Mediaraad een klacht die tegelijk betrekking heeft op een rechtsvoorschrift van de Duitstalige Gemeenschap inzake omroep en op een deontologische bepaling inzake informatie rechtstreeks onderzoeken wanneer die klacht de verantwoordelijkheid van de aanbieder van een audiovisuele mediadienst betreft en :

- wanneer de Mediaraad binnen twaalf maanden na een eerste advies van de RJD over een klacht die volgens de procedure vermeld in § 2 onderzocht werd, een nieuwe, soortgelijke klacht ontvangt die volgens de RJD dezelfde aanbieder betreft en dezelfde bezwaargronden omvat;

- of wanneer drie fractieleiders van democratische partijen die in het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap vertegenwoordigd zijn, een klacht aan de Mediaraad richten die binnen zijn decretale bevoegdheid valt.

In die gevallen wint de Mediaraad het advies van de RJD in.

Indien de Mediaraad van plan is het advies van de RJD niet te volgen, moet hij de RJD vooraf horen met het oog op overleg. Wanneer de Mediaraad het advies van de RJD niet volgt, moet hij zijn beslissing met redenen omkleden.

§ 4. Wanneer de Mediaraad een zaak aan de RJD voorlegt, bezorgt deze hem een ontvangstbevestiging. De RJD verstrekt zijn advies binnen negentig dagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn kan één keer worden verlengd met een nieuwe termijn van negentig dagen.

§ 5. De Mediaraad kan het initiatief nemen voor en deelnemen aan gezamenlijke gedachtewisselingen met de RJD over algemene maatschappelijke vragen die betrekking hebben op beroepsethiek, zoals bijvoorbeeld de ontwikkeling van de mediapraktijken.

§ 6. De RJD en de Mediaraad stellen samen een jaarverslag op over de klachten die het voorgaande jaar zijn ingekomen.

§ 7. De RJD en de Mediaraad vergaderen twee keer per jaar samen om de doeltreffendheid van de ingevoerde mechanismen te evalueren.

Art. 8. In het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap wordt een artikel 7.2 ingevoegd, luidende :

« Artikel 7.2. Het Belgische Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap is lid van de instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie in de Duitstalige Gemeenschap vermeld in artikel 2 van het decreet van 25 maart 2013 tot erkenning en subsidiëring van een instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie. »

Art. 9. In artikel 2 van het decreet van 27 juni 2005 over de audiovisuele mediadiensten en de filmvoorstellingen worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in artikel 2 wordt een bepaling onder 11.1. ingevoegd, luidende :

« 11.1. IZJD : instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie in de Duitstalige Gemeenschap; »

2° in artikel 2 wordt een bepaling onder 33.0.1. ingevoegd, luidende :

« 33.0.1. RJD : raad voor journalistieke deontologie; ».

Art. 10. Artikel 25 van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 3 december 2009, wordt hersteld als volgt :

« Artikel 25. Indien de private televisieomroeporganisatie nieuwsprogramma's uitzendt, moet ze lid zijn van de IZJD. »

Art. 11. Artikel 30.1. van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 december 2009, wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende :

« 3° lid van de IZJD zijn. »

Art. 12. Artikel 32 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 3 december 2009, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Indien de lokale radio nieuwsprogramma's uitzendt, moet hij lid zijn van de IZJD. »

Art. 13. Artikel 114, § 1, van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1° de bepaling onder 3°, gewijzigd bij het decreet van 3 december 2009, wordt opgeheven;

2° in de bepaling onder 5°, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de woorden "voor zover deze thema's niet onder de bevoegdheid van de beslissingskamer vallen" vervangen door de woorden "voor zover deze thema's niet onder de bevoegdheid van de beslissingskamer of de RJD vallen".

Art. 14. Artikel 2, § 2, van het decreet van 7 februari 1994 betreffende de hulp aan de dagbladpers wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende :

« 6° via hun vereniging lid zijn van de instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie in de Duitstalige Gemeenschap vermeld in artikel 2 van het decreet van 25 maart 2013 tot erkenning en subsidiëring van een instantie voor de zelfregulering van journalistieke deontologie. »

Art. 15. Dit decreet heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2013.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 25 maart 2013.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

Nota

(1) Zitting 2012-2013.

Parlementaire stukken : 137 (2012-2013), nr. 1. Ontwerp van decreet.

137 (2012-2013), nr. 2. Voorstel tot wijziging.

137 (2012-2013), nr. 3. Verslag.

Integraal verslag : 25 maart 2013, nr. 50. Bespreking en aanneming.